

GT vom 06. Juni :Stimmt das noch, Herr Blüm

Bravo Herr Blüm,

jetzt wird endlich mal das angesprochen, was schon seit langem im Argen liegt und man offensichtlich mit diesem Thema selbst bei Wahlen die Bürger nicht erreicht.
Es ist einfacher, das Rentensystem als Generationenvertrag zu verkaufen, in dem den jungen Beitragszahler eingebleut wird, dass sie für die derzeitigen RentnerInnen aufkommen müssen.

Richtig ist aber, dass es den sogenannten Generationenvertrag (wie dieser interpretiert wird) noch nie gegeben hat und die Rentenkasse schon zur damaligen Zeit (wie u.ang.) auf staatliche Zuschüsse angewiesen war.

Wenn man mal etwas zurück blickt, wurde im Jahr 1889 das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz von Bismarck eingeführt und jeweils zur Hälfte von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen. Schon damals war man sich im Klaren, dass die Leistungen staatlich bezuschusst werden müssen.

Durch Weiterentwicklungen in kürzester Zeit wurden die Anfangsschwierigkeiten erkannt und verbessert, was zum Beispiel die Reichsversicherungsordnung von 1911, mit der erstmals eine größere Überarbeitung und Zusammenfassung der Sozialgesetze erfolgte, nur zu deutlich beweist. Dieses System war nicht nur in Europa (und letztlich damit auch aus globaler Sicht betrachtet) einzigartig und bewies Vorbildcharakter.

Wenn man sich die heutige Lage ansieht, kann einem nur Angst und Bange werden.
Es passt einfach nicht zu unserem Staat Deutschland, dass in einer Zeit, in der die Wirtschaft blüht, die Altersarmut immer mehr um sich greift.

Herr Blüm bringt es auf den Punkt, in dem auch er der Meinung ist, dass der Versicherungswirtschaft über die Riesterrente das Geld (auch Steuergelder) nicht in den Rachen geschmissen werden sollte, sondern in die staatliche Rentenversicherung fließen muss.
Die Verwaltungskosten von 1,5 % bei der gesetzlichen Rentenvers. gegenüber 15% der privaten Rentenvers. spricht eine deutliche Sprache.

Weiterhin muss eine Transparenz geschaffen werden, die aufzeigt, welche versicherungsfremden Leistungen aus der Rentenkassen zusätzlich von Bund finanziert werden.

Für mich persönlich ist aber erstaunlich, dass wir in vielen Punkten mit Herrn Blüm deckungsgleich sind, welches auf unserer Internet-Seite der SPD Friedland nachzulesen ist.

Zu hoffen ist, dass die neugegründete Rentenkommission der Bundesregierung alle Schwachpunkte aufgreift, um eine Altersarmut der kommenden RentnerInnen zu verhindern. Ein Blick nach Österreich könnte sehr hilfreich sein.

Edwin Brämer
Niedernjesa
stellvert. Vorsitzender
SPD OV- Friedland